# China-Demo in Leipzig, Juli 89

## Vorbemerkung

Die Ereignisse in China im Juni `89, die blutige Niederwälzung des friedlichen Aufstandes der Chinesen, die anschließenden Massenverhaftungen, Todesurteile und langjährigen Haftstrafen lösten damals unter den Menschen in der DDR eine sehr große Betroffenheit aus. Denn niedergewälzt, zerschlagen wurde damit auch unsere große Hoffnung, in der wir uns mit dem chinesischen Volk eins fühlten: die Verwirklichung der Forderung nach Demokratie.

Die offiziellen Verlautbarungen der DDR zu den Ereignissen in China - wie sie Egon Krenz sogar beim Besuch Oskar Lafontaines äußern konnte - sowie die Berichterstattung der Medien unterstützten die mordenden Herrscher Chinas und bewiesen damit „ein ungeheuerliches Maß an bewußter Ignoranz gegenüber der Unmenschlichkeit des Vorgehens der Machthaber in China" (aus:„Erklärung" versch. oppositioneller Gruppierungen der DDR, Juni '89). Die Staatsführung machte damit klar, wie sie selbst mit Aufständischen umgehen würde: ebenso brutal mordend wie die Herrscher in China.

Es wuchs die Angst, aber mehr noch die Wut und das Aufbegehren. Von oppositionellen Gruppen wurden Protestveranstaltungen und Fürbittandachten durchgeführt, Erklärungen und Eingaben geschrieben; und auch in verschiedenen Betrieben gab es Diskussionen, dabei kam es vereinzelt für allzu hartnäckige Frager zu Disziplinarstrafen. Die gesellschaftliche Situation war zum Zerreißen gespannt.

## Kirche und Staat für „allgemeine Volksberuhigung"...

In dieser Zeit fand vom 6. bis 9. Juni 89 der Kirchentag in Leipzig statt.

Schon im Vorfeld war es zu starken Auseinandersetzungen gekommen: In jener Zeit sich zuspitzender gesellschaftlicher Konflikte, da selbst der Kirchentag auf wackligen Füßen vor der Obrigkeit stand, wollte die Kirchenleitung jeglichen Problemen mit der Staatsführung aus dem Weg gehen. Sie schloß deshalb fast alle kirchlichen oppositionellen Gruppen von einer aktiven Teilnahme am Kirchentag aus. Dem Engagement und Mut Christoph Wonnebergers (Pfarrer der Leipziger Lukaskirche) ist es zu verdanken, daß kritische Stimmen doch noch Raum finden konnten - in der Lukaskirche gestalteten wir unseren eigenen. den statt-Kirchentag.

Das löste Angst aus, beim Staat und bei der Kirche. Hand in Hand arbeiteten sie gegen uns: „Durch die Leitung des Kirchentages ist vorgesehen, ein Gespräch mit Vertretern der am 'statt-Kirchentag' beteiligten Gruppen durchzuführen, um Konflikte und Störungen des Kirchentages zu verhindern. In diesem Gespräch soll Konsistorialpräsident STOLPE/Berlin als Vermittler auftreten."1

Besondere Angst hatten sie vor einer öffentlichen Aktion, die über die Tore der Lukaskirche hinausgeht. Es wurde uns immer wieder deutlich gemacht, daß es zu einer Demonstration auf keinen Fall kommem dürfe.

## ...unterstützt von Eppler und Gaus

Und nicht nur Staat und Kirche hatten sich auf die Linie "allgemeine Volksberuhigung" eingeschworen, auch bundesdeutsche Gäste spielten mit: „Die Veranstaltung ... war im wesentlichen durch sachliche Äußerungen von Erhard EPPLER/BRD beeinflußt. ... Den Pfarrern Edelbert RICHTER/Erfurt und Christoph WONNEBERGER/Leipzig gelang es nicht, über provokative Fragestellungen EPPLER zu politisch negativen Aussagen zu bewegen."2, „Durch GAUS, E. EPPLER und SCHMUDE (Präses der Synode der EKD,MdB - Anm. d. A.) wurde mehrfach die Notwendigkeit unterstrichen, mit dem Kirchentag in Leipzig normales kirchliches Leben in der DDR zu signalisieren. GAUS wies ausdrücklich auf die Gefahren einer zu starken einseitigen und gegen die offizielle Regierungspolitik der DDR gerichteten Politisierung der Kirche in der DDR hin und wünschte eine realistischere Darstellung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR auf dem Kirchentag."3

Für Gaus also sah die DDR-Wirklichkeit rosiger aus als selbst die offiziellen Kirchentags-Darstellungen.

Insgesamt äußerte sich die Stasi ausgesprochen wohlwollend und zufrieden zum Kirchentag: „Inhaltlich waren die gegenwärtigen Schwerpunkte der feindlichen Angriffe zwar feststellbar, aber standen nicht im Mittelpunkt des KTK/KT in Leipzig. Wertvoll war in diesem Zusammenhang auch der konstruktive Einsatz gesellschaftlicher Kräfte, insbesondere von Mitgliedern der CDU, innerhalb der Arbeitsgruppen des KTK, die durch ihre inhaltlichen Beiträge zur Versachlichung der Diskussionen beitrugen."4

Und entsprechend dem sonstigen Verlauf des Kirchentages war auch die Abschlußveranstaltung: An den brisanten Fragen der Zeit und den Problemen der Menschen vorbei wurde ins Leere geredet. Wenn selbst die Stasi schreibt: „Die Veranstaltung war innerkirchlich ausgerichtet und enthielt keine Angriffe gegen die staatliche Ordnung",5 kann man sich die Stimmung vorstellen. Wie das kleine Kind, das die Augen verschließt und glaubt, dann sei es selbst nicht mehr zu sehen, so glaubte wohl auch die Kirche, wenn sie sich nicht äußert zu den gesellschaftlichen Konflikten, dann gäbe es wohl auch keine. Vor ihren Türen tobte das Feuer, und statt zu löschen, nahmen sie Eis, um die Hitze nicht zu spüren.

## "Nie wieder Wahlbetrug" - „Demokratie"

So kam es doch noch zu der gefürchteten Demonstration: Einige MitarbeiterInnen kirchlicher oppos. Gruppierungen (u. a. Gesine Oltmanns, Uwe Schwabe, Kathrin Hattenhauer, Rainer Müller, Michaela Ziegs) ergriffen die Initiative - sie fertigten während der Veranstaltung zwei Plakate, „Nie wieder Wahlbetrug!" und „Demokratie" in chinesischen und deutschen Schriftzeichen. Darauf hatten viele gewartet, die kleine Gruppe schwoll immer mehr an, und binnen kurzer Zeit waren es mehrere Hundert. Auch kirchliche Ordner kamen aufgeregt angeeilt und diskutierten heftig, man einigte sich, daß die Gruppe an einem Ort bis zum Ende der Veranstaltung bleibt. Nach dem Ende des Gottesdienstes zogen wir dann zur Tribüne. Dort mußten wir erleben, daß kirchliche Ordnungstruppen uns brutal am Besteigen der Treppe hinderten. Sie waren nicht besser als diese Stasi-Büttel, die dich aus einer Demo herauszerrten. Und wahrlich: „Bewährt hat sich das Zusammenwirken der Sicherungskräfte mit Verantwortlichen der Kirche zur Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit. Die Kirche hatte eine hohe Anzahl kirchlicher Ordner im Einsatz, die die Erwartungshaltung des Staates im Sinne von Ordnung und Sicherheit verwirklichten".6

**Die „Demokratie" also sollte nicht zu sehen sein auf dem Kirchen-Podium.**

Erfolglos wandten wir uns ab und zogen mit dem Plakat, das durch die großen chinesischen Schriftzeichen erheblich Aufsehen erregte, in Richtung Ausgang.

Ursprünglich war geplant, das Plakat nur auf dem Kirchentagsgelände zu tragen - zu groß war die Angst vor sinnlosen Zusammenstößen mit der Polizei, deren Ergebnis doch nur viele Zuführungen und damit verbundene Sanktionen gewesen wären.

## Ein erster Schritt zum Herbst 89

Doch nun entschlossen wir uns zu konsequentem Handeln - mit der „Demokratie" zogen wir in Richtung Innenstadt. Von einem ersten Polizeihubschrauber ließen wir uns nicht stören.

Ungefähr tausend Menschen umfaßte die Gruppe, und was das eigentlich Wichtige und Hoffnungsvolle daran war: Es waren „ganz normale Menschen". Keine Demo alternativ-aufrührerischer Jugendlicher, sondern Bürgerinnen und Bürger, die endlich Demokratie wollten und heute die Kraft und das Vertrauen fanden, das öffentlich zu bekunden.

Durch eine Straßenbahn kam es zu ersten Komplikationen. Denn aus der haltenden Bahn sprang plötzlich ein Trupp von Stasi-Männern, die den Plakatträgern die „Demokratie" entrissen. Doch Menschen wurden nicht in die Bahn gezogen - wir liefen weiter, ohne Plakat - aber verknüpft durch ein farbiges Bändernetz.

Am Peterssteinweg, neben dem Polizeipräsidium, zeigte sich dann die erste Polizeikette. Mit dem Gummiknüppel an der Seite harrten die Polizisten der DemonstrantInnen, die doch „nur" Demokratie wollten. Der Zug entging der Auseinandersetzung indem er einfach in eine Nebenstraße einbog. Doch auch an deren Ende zeigte sich nach einiger Zeit eine Polizeikette, die uns wiederum zu einer Wegesänderung zwang. In der nächsten Straße zeigte sich ein Ausweg - die Petrikirche.

Nach einer Fürbittandacht gingen die

Leute auseinander, froh, dem Zusammenstoß mit der Polizei entgangen zu sein. Ein kleine Gruppe (u. a. Michaela Ziegs, Rainer Müller, Kathrin Walther) mußte noch bleiben - der Pfarrer der Kirche hatte Zieslack, den Vorsitzenden des Kirchentagsausschusses, informiert, und der kam sofort herbeigeeilt, um uns ins Gewissen zu reden. Ob er wirklich erst durch den Pfarrer geholt wurde, bezweifle ich heute, denn kaum kann ich glauben, was ich im Nachhinein las: „Eingesetzte Kräfte drängten die Gruppe (100 Personen) (eine starke Untertreibung - Anm. d. A.) entsprechend einer vorher mit der Kirche durch die Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Leipzig vorgenommene Abstimmung in die dafür in der Riemannstraße geöffnete Peterskirche ab.".7 Alles vorher geplant und mit der Kirche abgesprochen!

Auch am Abend des damaligen Tages ereilte uns eine ziemliche Enttäuschung:

**In der ARD-Reportage zum Kirchentag wurde die Demo verschwiegen, obwohl das ARD-Team alles gefilmt hatte. Zu heiß - nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Der Bundesregierung war offensichtlich viel an der Stabilität der DDR gelegen.**

So wurde von allen Seiten gegen uns gearbeitet, doch alle Macht war endlich: Sie konnten nicht verhindern, daß wir mit dieser Demonstration ein Zeichen setzten, das Mut machte - nicht nur unter den Beteiligten. Oppositionelle Gruppen mit Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam auf der Straße, damit war ein Anfang gemacht. **Ein erster Schritt hin zu den Großdemonstrationen im Herbst 89.**

---

1) aus: Min. f. Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Leipzig : Informationen zum Verlauf des Kirchentagskongresses der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 06-09. 07. 89 in Leipzig (07. 07. 89)

2) aus: Min. f. Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Leipzig: Informationen zum Verlauf des Kirchentagskongresses und Kirchentag der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 06-09. 07. 89 in Leipzig (09. 07. 89)

3) s.o. 4) s.o. 5) s.o. 6) s.o. 7) s.o.

# Amnesty international: Die Menschenrechtssituation in China „hat sich nicht grundlegend geändert"

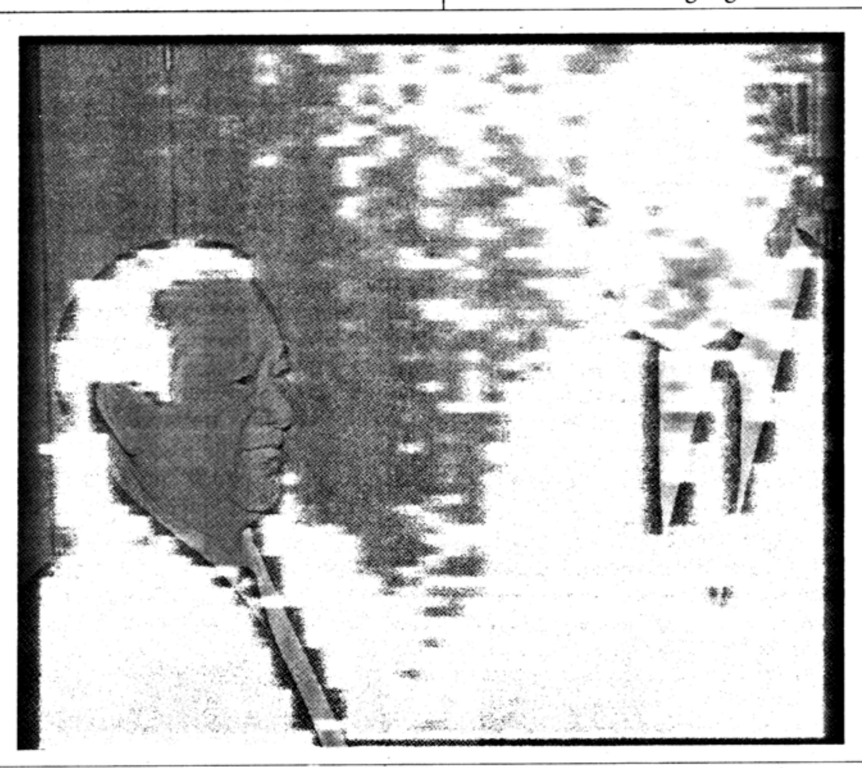
Anläßlich des Besuchs des chinesischen Außenministers Quian Quichen Anfang März 1992 bei der Bundesregierung in Bonn hat amnesty international eine Zusammenfassung der Menschenrechtssituation veröffentlicht. Darin heißt es u.a:

„Seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung Anfang Juni 1989 hat sich nach Auffassung von amnesty international die Menschenrechtssituation nicht grundlegend geändert. Immer noch befinden sich viele hundert Anhänger der Demokratiebewegung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Haft. Anfang 1991 wurden mehrere prominente Aktivisten der Demokratiebewegung vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen bis zu 13 Jahren verurteilt. Die chinesische Justiz blieb damit unterhalb der Dauer der Haftstrafen, die gegen die heute noch einsitzenden führenden Vertreter des „Pekinger Frühlings" von Ende der 70er Jahre verhängt worden waren. Die Prozesse waren nicht öffentlich, mit Blick auf das Ausland wurde jedoch von der amtlichen chinesischen Presse ausführlich berichtet. Weitaus weniger bekannt ist, daß zahlreiche Personen, die nicht im Lichte der Öffentlichkeit stehen, aufgrund der friedlichen Ausübung ihrer grundlegenden Menschenrechte während der Demokratiebewegung zu Strafen bis zu 20 Jahren Haft verurteilt wurden. Der Vorwurf: "Konterrevolutionäre Agitation und Propaganda". Über diese Prozesse wurde so gut wie nichts öffentlich berichtet. Auch heute riskieren Dissidenten in China Festnahme, Verfahren und mehrjährige Haft. Selbst Menschen, die sich geringste politische Delikte zu Schulden kommen lassen, müssen Repression und Schikane fürchten. (...)

Gerichtsverfahren, die den chinesischen Gesetzesbestimmungen folgen, entsprechen bei weitem nicht den internationalen Grundsätzen für einen fairen Prozeß. Weder das Recht auf genügend Zeit und ausreichende Mittel zur Vorbereitung der eigenen Verteidigung noch das Recht, solange als unschuldig zu gelten, bis ein unabhängiges und zuständiges Gericht die Schuld festgestellt hat, sind garantiert. In den meisten Fällen wird das Gerichtsurteil bereits vor der Verhandlung festgelegt. Chinesische Juristen sprechen offen von der Praxis „erst das Urteil, dann die Verhandlung. (...)

**Nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 wurden mehrere „Anti-Kriminalitäts- und Säuberungskampagnen" gestartet.**(...)

Inoffiziellen Berichten zufolge haben allein im vergangenen Jahr über 20.000 Hinrichtungen stattgefunden. Amnesty international erhält immer wieder Berichte über die öffentliche Zurschaustellung von zum Tode Verurteilten. Die Delinquenten werden zur „Erziehung der Massen" manchmal in Stadien und auf öffentliche Plätze geführt, wo 10.000de der Verkündung des Todesurteils beiwohnen. Anschließend werden die Verurteilten zur Hinrichtung abgeführt. Als Zeugnis der Grausamkeit dieser Strafe betrachtet amnesty international auch Berichte über die Entnahme von Organen zwecks Transplantation nach der Hinrichtung."



## Die deutsche Wirtschaft begrüßt Chinas Außenminister

Nach der blutigen Niederschlagung der Studenten und Arbeiter im Juni 1989 war auch die Bundesregierung gezwungen, die chinesische Regierung zu boykottieren. Seit Februar 1992 hat sich aber auch offiziell eine Wende in den Beziehungen zu China angekündigt. Die entwicklungspolitische Sprecherin der FDP im Bundestag, I. Walz, setze sich für eine Änderung der im Oktober 1990 beschlossenen Entwicklungshilfepolitik ein. Frau

Walz will die Menschenrechtspolitik von „sachfremden Kriterien“ frei gehalten sehen. Damit meint sie die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Peking. „Wirtschaftliche Reformen bedeuten auch politische Freiheiten“. Davon ist in China allerdings nichts zu spüren, wie der Bericht von amnesty international zeigt. Es geht vielmehr ums Geschäft. Die billigen Lohnkosten verlocken. Deshalb steht den Unternehmern natürlich eine Bürokratie nicht sehr fern, die die Streiks der ArbeitnehmerInnen blutig zerschlägt. Außerdem werden selbst Produkte, die die „besonders billigen“ chinesischen Zwangsarbeiter unter schlimmsten Bedingungen in Arbeitslagern herstellen, nach Europa und in die USA exportiert. (s. Bericht vom „Spiegel“ vom 7. 10. 91).

„Vor ein paar Jahren hat Deng festgestellt, man hätte im Kampf gegen die Demokratiebewegung von 1979 ruhig ein paar Leute mehr hinrichten können, die Herren Kapitalisten würden schon wiederkommen“ (zitiert nach FR vom 4.02.92) und die Fakten geben Deng recht.

Bitter ist für viele SozialdemokratInnen, daß der chinesische Außenminister auch von Vertretern der SPD-Fraktion empfangen wurde. Dagegen unterstützen mehrere verantwortliche SozialdemokratInnen und Gewerkschaftsverantwortliche die „Internationale Untersuchungskommission“ (s. nebenstehenden Bericht), denn allein die aktive Solidarität mit den politischen Verfolgten ist die Verantwortung der sozialdemokratischen Partei und der deutschen Arbeiterbewegung, an deren Anfängen der Kampf für soziale und demokratische Rechte stand.

M.A/C.B.

# Internationale Untersuchungskommission der demokratischen und Arbeiterbewegung gegen die Unterdrückung in China

Yu Wu, Mitglied der Leitung der im Exil lebenden autonomen Arbeitervereinigung von Peking, und weitere Anhänger der Demokratiebewegung im Exil, sowie die „Internationale Untersuchungskommission“ haben im Januar 1991 den Vorschlag eines internationalen Meetings in Hong Kong gemacht - eines Meetings für die Befreiung aller politischen Gefangenen, für das Recht auf unabhängige Organisationen. Dieser Vorschlag hat in 34 Ländern breite Unterstützung gefunden und wurde von den Gewerkschafts- und Demokratiebewegungen Hong Kongs begrüßt.

**Zu den Unterstützern gehören u.a.**

Edmund Baluka, Gewerkschafter Solidarnosc 80 (Polen); Jeremy Corbyn, Labour Party, Parlamentsmitglied (Großbritannien); José Dirceu, Generalsekretär der Arbeiterpartei (PT) und M. Laura S. Pinheiro, Abgeordnete der PT (Brasilien); Norbert Gansel, Vizepräsident der SPD-Fraktion im Bundestag (Deutschland); Louiza Hanoune, Sprecherin der Arbeiterpartei (Algerien); A. Issaev und K. Bouketov, Führer des Bundes der Anarcho-Syndikalisten (UdSSR); M. Moleira, Abgeordneter, Führer der MAS (Venezuela); Matos Papalosakis, Führer der Gewerkschaft der Krankenhausärzte (Griechenland); L.Z. Razafirmanjary, Generalsekretär der Gewerkschaft der Arbeiter Madagaskars; Ralph Schoenmann, ehemaliger Sekretär des Russel-Tribunals; Alioune Sow, Generalsekretär der Demokratischen Union der Arbeiter des Senegals (UDTS); Yann Celene Uregei, Führer der FULK (Neu-Kaledonien)

**Weitere Unterzeichner aus Deutschland sind u.a.:**

Ingo Eichelberg, (Betriebsrats-Vorsitzender, ÖTV, SPD-UB-Vorstand Dessau; Dr. Sieglinde Winter, Mitglied im ÖTV-KV, Halle; Thomas Rudolph, Initiative Frieden und Menschenrechte, Sachsen; Günther Gentsch, Mitglied des SPD-Parteirats; Christine Kretzschmar, SPD-Stadtverordnete; Hans-Jörg Kretzschmar, stellvertr. AfA-Landesvorsitzender Sachsen; Bernd Meucher, SPD-Stadtverordneter; Reinhard Pienitz, Mitglied des SPD-AfA-Bundesvorstandes; Bernhard Krabiell, Gewerkschaftssekretär ÖTV, SPD; Gudrun Schaich-Walch; MdB-SPD; Cornelia Matzke, Michael Arnold, (beide im Vorstand der Fraktion Bündnis 90/ Grüne im sächsischen Landtag), Carla Boulboullé (Landtagsabgeordnete, NRW); H.-G. Fritz, Mitgl.im Bundesvorstand der IG Medien, SPD; Adam Feuster, Bezirksvors. der GEW Frankfurt)

Wer die Delegation unterstützen möchte, wendet sich bitte an Carla Boulboullé, Sternstr. 50, 4000 Düsseldorf 30, Tel.:0211/498 19 10; Fax-Nr.: 0211/498 26 97

Spendenkonto A. Bahner-Sonderkonto; Postgiroamt 5000 Köln, Nr. 354454-507

### Auszüge aus dem Aufruf:

## „Solidarität mit den politisch Verfolgten in China“

„Wir stellen fest, daß sich dreißig Monate nach dem blutigen 4. Juni 1989 die Repression fortsetzt,

- Zehntausende werden noch immer vom Regime Li Pengs und Deng Xiao Pings gefangengehalten;

- die Behörden des Landes, und insbesondere das Pekinger Gericht, haben selbst zugegeben, daß die Anwendung von Folter Tausende von Gefangenen betrifft; (...)

Wir stellen fest, daß die chinesischen ArbeiterInnen und StudentInnen kein Verbrechen begangen haben,

- ihr einziges „Vergehen“ ist es, ihre eigene, von der Staatsmacht unabhängige Organisation aufgebaut zu haben, besonders den Autonomen Arbeiterverband Pekings und die Unabhängige Studentenunion Pekings; und daß sie in den letzten Tagen des Monats Mai 1989 die permanente Union gebildet haben, die verschiedene Teile der Studentenschaft, der Intelektuellen, ArbeiterInnen und BürgerInnen Pekings vereint;

- die Arbeiter- und Studentenunion hatten sich zum Ziel gesetzt, friedlich und unter Respektierung der Gesetze der Volksrepublik China zu handeln, für Demokratie, gegen Korruption und Privilegien, gegen soziale Ungerechtigkeit.

Wir stellen fest, daß die Völker der Welt den Hilferuf ihrer chinesischen Freunde nicht vergessen haben.

- Mehrere Delegationen haben sich im Lauf des Jahres 1991 nach China begeben können. Andere wurden von den Pekinger Autoritäten daran gehindert. Aber keiner einzigen war es möglich, wirkliche Untersuchungen durchzuführen oder die Gefangenen und ihre Familien zu besuchen;

- eine internationale Untersuchungskommission der demokratischen und Arbeiterbewegung hat sich gebildet, um ans Licht zu bringen, welcher Verfolgung die chinesischen Arbeiter zur Zeit ausgesetzt sind. (...)

Sie hat niemals die Einreiseerlaubnis erhalten, um die sie nachgesucht hatte, um vor Ort Untersuchungen anstellen und den Völkern der Welt die Wahrheit bekanntgeben zu können;

- hingegen empfängt die chinesische Regierung Unternehmer und Bankiers, Vertreter der Regierungen, unter anderem die des rassistischen Regimes Südafrikas.

Wir stellen fest, daß eine Bedingung der Ausübung der Demokratie das unantastbare Recht ist, von der Staatsmacht unabhängige Organisationen aufzubauen, und besonders Gewerkschaften.

- Keine der Ursachen, die das chinesische Volk dazu gebracht haben, sich in der großen Volksbewegung von 1989 gegen das korrupte Regime aufzulehnen, ist beseitigt, im Gegenteil; zahlreiche Informationen beweisen die Existenz und Wiederbelebung unabhängiger Bewegungen. (...)

Wenn ein solches Meeting in Hong Kong stattfindet, wird die chinesische Regierung die Information nicht verbieten können, und die Reaktionen darauf werden in ganz China zu spüren sein. Die chinesische Regierung klagt die Regierungen immer an, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Aber wird Li Peng die Arbeiter der Welt anklagen können, wenn diese aus allen Ländern Vertreter schicken, um ihre chinesischen Brüder und Schwestern zu verteidigen?.

Wir beschließen, zur Bildung einer internationalen Delegation aufzurufen, die die demokratische und Arbeiterbewegung in all ihrer Differenziertheit darstellt, um dem chinesischen Volk entgegenzugehen.

Wir schlagen vor, uns nach China zu begeben, um die Gefangenen und ihre Familien zu besuchen.

Die internationale Delegation wird in einem Meeting in Hong Kong am 1. Mai 1992, einem symbolischen Datum, von ihrer Reise nach China berichten.

Wir werden die Stimme der Völker hören lassen...“

## Kurzmeldungen

### Realeinkommen für Arbeitnehmer gesunken

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die monatlichen realen Einkommen von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten in den neuen Bundesländern im 1. Halbjahr 1991 im Vergleich zum 2. Halbjahr 1990 gesunken. Waren es noch 2751.— DM im 2. Halbjahr 1990, so waren es im ersten Halbjahr 1991 nur noch 2525.— DM. Das ist ein Einkommensverlust von 8,21 %

(Neue Zeit 6.3.1992)

### Ost-Sklaven auf Westbaustellen

Die Arbeitgeber setzen vermehrt ArbeitnehmerInnen aus Polen und der CFSR illegal auf Baustellen ein. So nennt die IG Bau Steine Erden ein Beispiel aus Bochum: die Industrie-Consulting berechnete hier einen Regelstundensatz von 30.— DM. Reguläre deutsche Bauunternehmen dagegen kalkulieren die Facharbeiterstunde auf 60.— DM. Auf einer Baustelle in Mülheim-Kärlich würden die Werkvertrags-Arbeitnehmer mit Stundenlöhnen von 6,50 DM abgespeist. Nach Tarifvertrag wären aber 20,93 DM die Stunde zu bezahlen.

(Rheinische Post 29.2.1992)

### Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Helmut Kohl forderte erneut die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Stiehl ergänzt: „Wir haben weltweit die ältesten Schüler, die jüngsten Rentner, den längsten Urlaub und die kürzesten Arbeitszeiten und wollen dazu die höchsten Löhne. Das geht nicht gut. Wir müssen wieder mehr arbeiten." Dreßler nannte den Vorschlag eine „Schnappsidee", während dagegen Oskar Lafontaine erklärte, daß die Diskussion zum falschen Zeitpunkt geführt werde. Er lehne die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis nicht grundsätzlich ab. Der DGB forderte, daß die Bundesregierung „mehr Elan darauf verwenden (solle), Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, anstatt soziale Standards in Frage zu stellen."

(LVZ 18.3. 1992)

### Konzertierte Aktion

Wirtschaftminister Möllemann will die Konzertierte Aktion einberufen. Dagegen hat der IG-Metallvorsitzende Steinkühler erklärte, daß er an einer solchen Runde nicht teilnehmen werde.

(LVZ 4/5.4.1992)

# Einladung zum Tagesseminar

# Für ein vereintes Deutschland der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie

# - Eine historische Chance? -

Die revolutionäre Bewegung des Volkes hat nach über 40 Jahren das SED-Regime gestürzt und die Mauer zu Fall gebracht.
Das stalinistische Regime das die Bevölkerung über 40 Jahre unterdrückt hat, das die ArbernehmerInnen rücksichtslos für ihre Privilegien ausgebeutet hat - und so die Ideen der Arbeiterbewegung verunglimpft hat - war bankrott.
Heute erleben die Menschen in Ost und West das Scheitern der Privatisierungspolitik der Regierung Kohl, dessen Bilanz heißt: Zerstörung der Industrie, Massenarbeitslosigkeit und sozialer Kahlschlag.

* **Welche gesellschaftlichen Alternativen haben wir?**
* **Welche Folgen haben die Verbrechen des Stalinismus für die Arbeiterbewegung und ihre Ziele?**
* **Welche Politik brauchen wir zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend im vereinten Deutschland?**

An der Diskussion werden auch Interessierte aus Ostdeutschland, AfA-Mitglieder und Mandatsträger aus Sachsen teilnehmen-

## Wir treffen uns

## Samstag, den 25. April, 1992, 10 Uhr im Naturfreundehaus, Morperstr. 128, 4000 - Düsseldorf-Gerresheim

**(Anmeldung über die Redaktion)**

# Impressum


Soziale Politik & Demokratie erscheint monatlich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die Unterzeichner verantwortlich.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden


## Redaktionsadressen:


**Carla Boulboullé**
Sternstraße 50
W - 4000 Düsseldorf 30

**Christina Kretzschmar**
Salzmannstr. 3
O - 7021 Leipzig

**Cornelia Matzke**
c/o Fraktion Bündnis 90/ Grüne
Holländische Str.
O - 8010 Dresden

Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an eine der Adressen schicken oder an folgende Fax-Nummer:
Düsseldorf 0211 / 498 26 97



**Herausgeber:**
Ost-West-Gesellschaft e.V.
Düsseldorf

**Druck:**
Druckerei Schmohl & Krüger
Bizetstr. 104, O-1120 Berlin

**ISSN:**
0941-6064

**Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.**

**Preis des Einzelexemplars:**
West 2.— DM/Ost 1,50 DM

**Jahresabonnement** (incl. Porto):
West 28.— DM/Ost 22,50 DM

**Handabonnement :**
West 22,— DM/Ost 1[illegible].50 DM

**Für Mehrfachbezieher (ab 5 Exemplare) gilt der Preis des Handabonnements**
**In den Preisen sind 7% Mwst. enthalten**

**Konto:**
Ost-West-Gesellschaft e.V
Postgiro Essen BLZ 360 100 43
Kontonummer: 4105 54-436

**V.i.S.d.P.:**
G. Krupp, Sternstr. 50;
4000 Düsseldorf


# Inhaltsverzeichnis



Zu dem Thema „Nachtarbeitsverbot“ wurden uns viele Beiträge und Interviews von GewerkschatfskollegInnen zugesandt. Wegen Platzmangels war eine zusammenfassende Dokumentation in dieser Ausgabe nicht möglich. Wir werden sie in der nächsten Ausgabe aufnehmen. Wir bitten um Verständniss.

Redaktion